

CDU kritisiert Beschlüsse des Schulausschusses:

SPD setzt Betrugspolitik fort

Zu den jüngsten Beschlüssen des Schulausschusses erklärt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Reul:

„Die Beschlüsse der SPD zur Lehrereinstellung 1989 zeigen in erschreckender Deutlichkeit:

1 Die großen Probleme des Unterrichtsausfalls und der unzureichenden Lehrerversorgung werden nicht gelöst.

Im nächsten Jahr sollen nach dem Beschuß der SPD nur 400 zusätzliche Lehrer eingestellt werden. Damit geht der Stellenabbau im Schulbereich unvermindert weiter, denn im nächsten Jahr werden rund 2600 Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden.

Den Antrag der CDU, einen Einstellungskorridor für jährlich 1500 neue Lehrer zu schaffen, hat die SPD abgelehnt.

Hinzu kommt: Es gibt bei der SPD überhaupt keine mittelfristige Planung. Jahr für Jahr erleben wir ein quälendes hin und her in der SPD bei den Haushaltsberatungen. Unseren Schulen fehlt dadurch eine verlässliche Perspektive. Dabei ist schon heute absehbar, daß ab Mitte der 90er Jahre eine Pensionierungswelle wegen der Altersstruktur der Lehrer bevorsteht.

2 Das Betrugsmanöver mit dem Erziehungsurlaub geht weiter. Die SPD hat den Antrag der CDU abgelehnt, daß die durch Erziehungsurlaub freigemachten Unterrichtsstunden für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung genutzt werden sollen.

Es bleibt also dabei: Ca. 1200 Lehrerinnen werden im nächsten Jahr Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen.

Der Finanzminister spart dadurch rund 60 Mio. DM. Doch diese Mittel werden zur Sanierung des Landeshaushaltes mißbraucht statt die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

3 Nur 100 Lehrerinnen und Lehrer sollen für die schulische Förderung von Aussiedlerkindern eingestellt werden. Angesichts von ca. 20 000 schulpflichtigen Aussiedlerkindern, die kaum deutsch sprechen, ist dies ein Armszeugnis.

4 Als Ersatz für die Unterrichtsstunden, die Lehrerinnen und Lehrer aus Solidarität durch Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung frei machen, werden nur 230 Lehrer eingestellt und 110 Verträge auf volle Stundenzahl aufgestockt.

Dies ist noch weniger als die Landesregierung vorgesehen hat: 400 Ersatzkräfte waren ursprünglich vorgesehen.“

Rhetorikkurse

Im Rahmen ihrer kommunalpolitischen Bildungsarbeit bietet die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU NRW sieben Lehrgänge an, die unter dem Titel „Bürgernahe Rede und Argumentation“ Kenntnisse der Rhetorik in der Kommunalpolitik vermitteln sollen.

Auskünfte: **KPV-Landesgeschäftsstelle, Telefon (02361) 58990.**

Fakten, die Sie wissen sollten: Handlicher Informationsservice für das politische Gespräch

Kurz und knapp informiert die CDU Nordrhein-Westfalen ab sofort in einer neuen Form über einzelne Aspekte der Landespolitik. In Rede und Gegenrede werden Behauptungen und Tatsachen schnell erfaßbar gegenübergestellt. Der Leser gewinnt so eine Information, die die Diskussion auf den Punkt bringt, die unbeeinflußt ist von der Tendenz einer Zeitung und die in wenigen Sätzen das Wesentliche zusammenfaßt. Wer immer draußen im Lande politisch argumentieren will, wird in unregelmäßigen Abständen innerhalb der gelben NRW-Seiten des UiD Hilfestellung erfahren.

Und so können Sie unsere Argumentationshilfen handhaben:

Entheften Sie die innere Doppelseite (in dieser Ausgabe die Seiten 3, 4, 5 und 6). Das Doppelblatt läßt sich entlang der gestrichelten Linie auf das Format DIN A6 falten und paßt bequem in jede Hemd- oder Hosentasche. So haben Sie die Argumente jederzeit griffbereit.

Das Doppelblatt kann ebensoleicht fotokopiert (Vorder- und Rückseite) und an Interessenten verteilt werden.

Neue Broschüren

Die Junge Union NRW hat ihr deutschlandpolitisches Aktionsprogramm in einer Broschüre „Aufeinander zugehen: wir sind doch Deutsche“ dargelegt.

Er beinhaltet den Beschuß des Landesvorstandes vom 24. Juni 1988 und berichtet über die Möglichkeit zu Jugendbegegnungen, Jugendreisekontakte, Sportbeziehungen, Städtepartnerschaften und kulturelle Beziehungen.

Erhältlich ist diese Broschüre über das JU-Landessekretariat, Telefon (02 11) 1 36 00-44, Postfach 200280, 4000 Düsseldorf 1.

In der Broschüre „Stirbt die Schule, stirbt das Dorf“, hat Herbert Reul, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, die Argumente für ein dreigliedriges Schulsystem in der Nachbarschaft zusammengetragen.

Reul setzt sich in der Broschüre insbesondere gegen das Schulsterben im ländlichen Raum und für Vielfalt und Wahlfreiheit in der Schulpolitik ein.

Herausgeber der Broschüre ist die KPV der CDU NRW.

Zu beziehen ist die Broschüre kostenfrei in kleiner Auflage über den CDU-Landesverband, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (02 11) 1 36 00-33.

SPD kann Innere Sicherheit nicht garantieren

Von Dr. Bernhard Worms, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Das Gladbecker Geiseldrama hat drei Menschenleben gefordert. Die 18jährige Silke Bischoff, der 15jährige Emanuele di Giorgi und der 31jährige Polizist Ingo Hagen (Unfall beim Observationseinsatz) starben einen sinnlosen Tod.

gegen die NRW-Einsatzleitung an seinem Amt.

Behauptet wird:

Die NRW-Einsatzleitung hat keine Fehler gemacht, ihre Entscheidungen waren immer „nachvollziehbar“ (so Innenminister Schnoor).

Behauptet wird:

„Ich übernehme die politische Verantwortung“ (so Innenminister Schnoor).

Tatsache ist:

Bereits um die Mittagszeit des 17. August gab es in Bremen-Vegesack unter NRW-Einsatzleitung die objektive Chance zum Zugriff. Die Geiselausgangster Rösner und Degowski gingen unbeobachtet Einkaufen. Ihr Komplize Degowski, der die Geiseln im Tatfahr-

Tatsache ist:

Schnoor versteckt sich hinter seiner Polizeiführung und klebt trotz schwerer Vorwürfe

zeug eine Stunde lang allein bewachte, verließ für mehrere Minuten das Fahrzeug, um auszutreten. Etwa 250 Meter entfernt war ein **Präzisionsschützenkommando** postiert. Hier bestand auch nach der NRW-Einsatzphilosophie (Täter und Geiseln mindestens zwei bis drei Meter voneinander entfernt) eine fast risikolose Zugriffschance. **Sie wurde verpaßt.** Statt dessen wurde einen Tag später das Täterfahrzeug auf der Autobahn bei Siegburg gerammt. 37 Schüsse wurden auf das Fahrzeug abgegeben, in dem sich beide Geiseln und die drei Täter befanden.

men. Die Beamten waren ahnungslos, sie waren über die Gefahr nicht informiert. Der Bremer Polizeipräsident Diekmann hat in seinem Gutachten der Bremer Einsatzleitung vor allem vorgeworfen, die örtlichen Beamten nicht informiert zu haben. Dies sei ein entscheidender Fehler gewesen, der zu unkalkulierbaren Begegnungen mit verheerenden Folgen hätte führen können.

Tatsache ist:

Der Bremer Innensenator Meyer trat u. a. wegen dieses gravierenden Fehlers zurück. Schnoor ist weiter im Amt.

Behauptet wird:

Die NRW-Einsatzleitung hat keine Fehler gemacht.

Tatsache ist:

Es ist mindestens zweimal zu gefährlichen Begegnungen zwischen uniformierten Polizeibeamten und den Tätern gekommen. Einem Polizisten wurde von Rösner sogar die Dienstpistole und ein Funkgerät abgenom-

Behauptet wird:

Das nordrhein-westfälische Parlament ist von Schnoor und seinem Polizeibeamten umfassend informiert worden. Schnoor versprach: „Schonungslose Aufklärung“.

Tatsache ist:

In der Sondersitzung des Innenausschusses ist der Landtag objektiv falsch informiert

worden. Die Tatsache, daß Degowski in Bremen-Vegesack das Fahrzeug verließ und die Geiseln unbewacht zurückließ, wurde nicht erwähnt, obwohl die Zeugenaussagen der Geiseln bereits vorlagen. Dieser Vorgang wurde erst von der CDU-Landtagsfraktion aufgedeckt. Schnoor vor der Sitzung: „Sie erfahren alles.“

Behauptet wurde

im Ausschuß: In Bremen-Vegesack bestand ständiger Blickkontakt zum Täterfahrzeug. Nachdem die CDU-Landtagsfraktion aufdeckte, daß Geiselgangster Degowski die Geiseln für Minuten allein ließ und ein

Zugriff möglich gewesen wäre, hieß es plötzlich: Es gab keinen ständigen Blickkontakt.

Tatsache ist:

Nur eine Angabe kann stimmen. Die Öffentlichkeit ist getäuscht worden.

Die CDU-Landtagsfraktion hat Innenminister Schnoor wiederholt zum Rücktritt aufgefordert. Sie hat von Ministerpräsident Rau in einer Sondersitzung des Landtages Schnoor Entlassung verlangt. Sie wird, wenn Schnoor die politische Verantwortung für die Fehler der NRW-Einsatzleitung weiterhin verweigert, einen Untersuchungsausschuß beantragen.

Millionen-Programm für die Emscher

Die Emscher, Abwasserkanal für fünf Millionen Bürger im Ruhrgebiet, soll bis zur Jahrtausendwende mit einem Millionenprogramm von der Kloake zum blauen Flusslauf regeneriert werden. Das forderte die CDU-Landtagsfraktion im Umweltausschuß des NRW-Landtages.

Lothar Hegemann (CDU), Vorsitzender des Umweltausschusses: „Die CDU beantragt als Sofortmaßnahme die Bereitstellung von 100 000 Mark für vorbereitende

Untersuchungen noch im Haushalt 1989. „Langfristig geht Hegemann von Sanierungskosten in „zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe“ aus. Bis zur Jahrtausendwende (Hegemann: „Rechtzeitig zu den Olympischen Spielen im Revier“) könne die Flussanierung abgeschlossen sein. Lothar Hegemann: „100 Jahre nach der Industrialisierung der Emscher-Lippe-Zone ist diese Maßnahme mehr als überfällig.“

So urteilt die Presse über Schnoors Versagen

Zwei Geiseln sitzen allein im Auto. Ein Entführer geht einkaufen. Der andere macht Pünktelpause. Die Polizei tut nichts. So kurz und schlicht läßt sich die neueste Variante im Skandal Schnoor beschreiben... Da scheut der Innenminister dieses Landes, der sofort die „volle politische Verantwortung“ übernommen hat, nicht davor zurück, die jüngste Observationspanne auf einen kleinen Beamten vor Ort abzuschieben... Johannes Rau darf die Dinge nicht länger treiben lassen. Er muß Schnoor aus dem Amt entlassen.

Es wird nicht nur Zeit, daß auch Schnoor endlich geht, sondern daß auch die Konsequenzen aus den erbärmlichen Fehlern der beiden Minister gezogen und klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden, wo es not tut — so daß die Polizei sich nicht mehr allein gelassen fühlen muß.

Entweder hat sich niemand in Schnoors Stab die Mühe gemacht, die Protokolle eingehend zu lesen, oder man hat sich schlicht darauf verlassen, daß Vernehmungsakten Verschlußsachen sind. Beides wäre gleichermassen fatal für Schnoor, der die politische Verantwortung für das Funktionieren seines Hauses ebenso trägt wie für dessen Versäumnisse... Daß in

der Polizeiführung geschlampzt wurde und die vollmundig zugesicherte „schonungslose Aufklärung“ nicht erfolgt ist, muß man ihm ankreiden.

Kölner Stadt-Anzeiger

Immer nervöser und kurzatmiger werden die Verteidigung des Ministers und die Sympathieerklärungen seines Ministerpräsidenten Johannes Rau für ihn... Kölnische Rundschau

Schnoors stereotype Antwort: „Ich stelle mich vor meine Polizei“ ist in diesem Zusammenhang nichts anderes als Ausflucht und absichtsvolle Ablenkung vom Prinzip politischer Verantwortung in der parlamentarischen Demokratie.

Rheinische Post

Johannes Rau muß für klare Verhältnisse sorgen. Taktieren, Zögern, Erklärungen helfen jetzt nicht mehr. Der lange Schatten von Gladbeck fiele sonst nicht nur auf Herbert Schnoor, sondern auf den Ministerpräsidenten selbst.

Frankfurter Rundschau

Das politische Glück hat Herbert Schnoor schon lange verlassen. Seit dem Gladbecker Geiseldrama ist das einst stärkste zum schwächsten Glied im Kabinett Rau verfallen...

Süddeutsche Zeitung

Anhörung beim CDU-Bezirksverband Niederrhein:

„SPD ist keine dynamische Innovationsregierung“

Auf Initiative des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein hat die nordrhein-westfälische Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag kürzlich eine Bereisung des Bezirks vorgenommen. Mitglieder der Landesgruppe sprachen dabei in einer Mönchengladbacher Brauerei mit Vertretern der Kommunen, Kammern und Verbänden über Probleme am Niederrhein. Dabei ging es insbesondere um Fragen der Wirtschaftsförderung, des Verkehrs, der Natur und der Umwelt.

Der Krefelder Kreisvorsitzende Winfried Schittges bemängelte insbesondere, daß die Landesregierung das Ruhrgebiet einseitig fördere, der Niederrhein aber aus den entsprechenden Förderprogrammen gestrichen worden sei. In Duisburg-Hohenbudberg habe die SPD versäumt, einen Güterumschlagplatz für den Eisenbahnverkehr zu schaffen. Gerade im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 sei dies ein grober Fehler. Schittges beklagte weiter die mangelhafte S-Bahn-Anbindung der niederrheinischen Städte, die fehlende Rheinquerung der A 44, die namentlich für die Gewerbeansiedlung eine wichtige Anbindung an den Düsseldorfer Flughafen bedeutete.

Wilhelm Pesch, MdB (Mönchengladbach) redete einer Verbesserung der Infrastruktur am Niederrhein das Wort. Das S-Bahn-System von Hagen über Düsseldorf und Krefeld nach Mönchengladbach müsse zügig ausgebaut, der „Eiserne Rhein“ als Anbindung des Ruhrgebietes an die Nordseehäfen müsse Wirklichkeit werden.

Hans-Peter Schmitz, MdB, Baesweiler, warf der SPD-Landesregierung vor, immer noch kein Konzept zur Verkehrs-

politik zu haben. Davon sei der gesamte Bezirk zwischen Emmerich und Aachen betroffen. Die SPD leiste auch keinen Beitrag zur nationalen Energiepolitik. In diesem Zusammenhang wandte sich Hermann-Josef Werhahn gegen die Stilllegung des Hochtemperaturreaktors Jülich. Der Niederrhein dürfe nicht an dem Image als Land zwischen Kohle und Korn festhalten. Der Reaktor in Jülich sei für die Wasserstofftechnologie der Zukunft, für eine sichere Energie auf lange Sicht, unabdingbar notwendig. Seine Stilllegung nannte er unsinnig.

Karl-Heinz Florenz, Kandidat für die Europawahl 1989, verwies auf die bürokratischen Hemmnisse, die die SPD-Landesregierung Unternehmern und ansiedlungswilligen Industriebetrieben entgegenstelle. Florenz: „Die SPD ist keine dynamische Innovationsregierung.“

In einem Schlußwort nannte Willy Wimmer, MdB (Neuss) den Niederrhein ein wichtiges Bindeglied zwischen den Ballungsräumen in Ost und West. Auch er bemängelte die einseitige Förderung des Ruhrgebietes durch die Landesregierung und die bewußte Vernachlässigung der Region Niederrhein.



Termine

8. 12. 1988 18.00 Uhr Podiumsdiskussion WIV
BV Ruhrgebiet „Städtische Kulturpolitik und
Wirtschaftsförderung“
(Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-51) Dortmund
10. 12. 1988 10.00 Uhr KPV/NW 28. Delegiertenversammlung und
EUROPA-Kongreß,
Rhein-Ruhr-Halle
(Auskünfte: Landesgeschäftsstelle der
KPV/NW, Tel. [023 61] 58 99-20) Duisburg
14. 12. 1988 18.00 Uhr Junge Union Nordrhein-Westfalen
Kamingespräch mit
Bundesministerin Dr. Dorothee Wilms, MdB
(Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-55)
Kolping-Haus International Köln
7. 1. 1989 10.00 Uhr Junge Union Nordrhein-Westfalen
Grundsatzforum
(Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-44)
10. 1. 1989 10.00 Uhr Landesdelegiertentagung
AGRAR Nordrhein-Westfalen mit Ignaz
Kiechle, BM Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten
(Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-49) Schwerte
14. 1. 1989 10.00 Uhr CDA Nordrhein-Westfalen:
Landestagung der Arbeitsgemeinschaft
„Berufstätige Frauen“
(Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-57) Duisburg
11. 3. 1989 JU Nordrhein-Westfalen
6. NRW-Tag
(Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-44) Eschweiler
22. 4. 1989 10.00 Uhr CDA Nordrhein-Westfalen:
Landestagung
(Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz,
Tel. [02 11] 1 36 00-57) Bergheim
29. 4. 1989 6. Landesparteitag Siegen